

SPD-Fraktion

Gemeinderat Geislingen

Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 2012

Anrede,

„Wer immer strebend sich bemüht, den können wir erlösen“

Das jährliche Bemühen der Geislinger Stadträte und -rätinnen um einen ausgeglichenen, genehmigungsfähigen Haushalt wird man ihnen nicht absprechen können. „In guten wie in schlechten Zeiten“ bemühen wir uns, unser Städtlein durch unruhiges Gewässer zu schippern, vorbei an Untiefen oder an mächtigen Felsblöcken, die unseren Weg zu versperren drohen. Und wenn der Kapitän gelegentlich unverständliche, gar unklare Weisungen erteilt, dann reißt eben die Mannschaft kurz vor dem Auflaufen auf eine der zahlreichen Klippen selbst das Ruder herum.

Weiterhin liegen wir in der IHK-Analyse bei den Gesamtsteuereinnahmen – dahinter verbirgt sich die Wirtschaftskraft einer Gemeinde – im Vergleich der großen Kreisstädte unserer Region auf dem „ehrevollen“ letzten Platz, und das mit deutlichem Abstand zum Vorletzten, der (Schlaf-)Gemeinde Remseck, die zwar bei der Gewerbesteuer das Schlusslicht ist, aber beim Anteil an der Einkommensteuer mit Platz 3 ganz vorne mitspielt. Das sagt schon alles. Geislingen und Göppingen liegen beim Anteil an der Einkommensteuer beide auf den letzten Plätzen, was sowohl die Strukturschwäche unserer Region hinreichend klar beschreibt, als auch wenig Erfreuliches über die Sozialstruktur des Alt-Industriegebiets in unserem Kreis mitteilt.

Wer bringt die Erlösung ? Niemand außer uns selbst ! Mit dieser Erkenntnis haben wir längst umzugehen gelernt, göttlicher Beistand, Schenkungen sind nicht zu erwarten, Wunder dauern etwas länger, am besten wir krepeln selbst die Ärmel hoch, da kennen wir uns aus, wir tun das schon Jahr für Jahr. Münchhausen kann in dieser Sache auch kein Vorbild sein.

So bleibt eben Schmalhans Küchenmeister und es gibt weiterhin einfache Kost.

Gibt es einen Rettungsschirm für Geislingen ?

Alle Welt redet seit Monaten vom Rettungsschirm unter dem halb Europa Schutz sucht, und selbst Deutschland ist jetzt ins Visier der Ratingagenturen geraten, wie es aussieht, als politischer Warnschuss. Freilich, für finanzschwache Gemeinden wird kein solcher Schirm aufgespannt werden, es gibt andere Instrumente der Solidarität unter den Gemeinden.

Verschaffen wir uns nochmal einen kurzen Überblick über die vergangenen und die künftigen Jahre. Da heißt es in der detaillierten und lobenswerten Haushaltsrede von Kämmerer Pawlak: „ durch die letzten Jahresabschlüsse konnten wir in den Jahren

2006 – 2010 auf Kreditaufnahmen verzichten und mussten die Rücklage nur in geringem Umfang in Anspruch nehmen.“ In jenen Jahren haben wir uns entschuldet, vom Stand 14 Mio € in 2008 auf jetzt 11 Mio zum Jahresende 2011. Nach dem Finanzplan 2008 hätten wir heute einen Schuldenstand von 13,5 Mio haben sollen – ein gutes Ergebnis dank sparsamem Wirtschaften.

Ähnlich günstige Ergebnisse finden wir für die Zeit 2003 – 2010 für die **Stadtwerke** bis zum Bau des Fünftälerbads, das uns natürlich jetzt stärker belastet, es braucht Zeit bis der Neubau abbezahlt ist, so ist das auch beim privaten Häuslebauer.

Auch der Eigenbetrieb **Abwasserbeseitigung** hat sich seit der Erweiterung der Kläranlage gut entwickelt, die Verschuldung ging von 31 Mio € in 2003 auf mittlerweile 24 Mio zurück. Diese Verschuldung wird durch die Abwassergebühren kontinuierlich abgebaut, inzwischen wurden die Abwassergebühren zur Freude der Bürger gesenkt, der Kostendeckungsgrad war mehrfach über 100 %.

Die Abschlüsse der vergangenen Jahre fallen also durchaus positiv aus, die gemeinsamen Anstrengungen von Verwaltung und Gemeinderat haben uns ganz gut durch die Jahre gebracht. Das wäre eine angemessene Würdigung in der Presse an die Öffentlichkeit wert – das darf man ohne übertriebenes Selbstlob sagen.

Was sagt der Finanzplan über die **zukünftige Entwicklung** ? Für 2012 ergibt sich eine Deckungslücke von 8 Mio, die durch Kreditaufnahmen und Entnahme aus der Rücklage ausgeglichen wird. In den Folgejahren sind keine weiteren Kreditaufnahmen vorgesehen, allerdings wird unsere Rücklage weiter angegriffen. Natürlich muss ein Kämmerer den „worst case“ annehmen, schließlich will er in den kommenden Jahren einen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen. Dennoch, alle Jahre hindurch waren die Abschlüsse günstiger als im Finanzplan prognostiziert. Davon dürfen wir weiterhin ausgehen. Gewiss, die europäische Finanzsituation ist äußerst undurchsichtig, manche reden dieser Tage vom Ende des Euro.

Wenigstens ein kurzer Abschnitt sei der **Finanz- und Schuldenkrise** Europas gewidmet, wenngleich sie auf den ersten Blick abseits unseres Haushalts geschieht. Dennoch sind auch wir mittelbar und gelegentlich direkt Betroffene, öffentlich und privat. Die Zinsstruktur ist sehr undurchsichtig, manche Gemeinden im Norden werden von den Banken nicht mehr bedient. Seit mehreren Jahren beobachten wir, dass die Politik die Getriebene der so genannten Finanzmärkte ist. Dahinter stecken letztendlich sehr konkret weltweit einige hundert Großbanken, Staatsfonds, Hedgefonds, Investmentfonds, riesige Privatvermögen und Großversicherungen. Insgesamt haben sich die Realeinkommen großer Bevölkerungsschichten verringert, während die Einkommen der oberen 10% stark gewachsen sind. Im Zuge der Bankenrettung haben wir erlebt wie die Verluste sozialisiert, die Gewinne dagegen privatisiert werden. Mehr und mehr sind die Staaten durch die Rettung der Banken, des Euro und durch Konjunkturprogramme unterfinanziert. Öffentlicher Armut steht wachsender privater Reichtum gegenüber. Die relative Verarmung der öffentlichen Hand im Vergleich zum stark gewachsenen und extrem ungleich verteilten privaten Reichtum ist hausgemacht, dahinter steht kein Naturgesetz. Dem gesellschaftlichen Ausgleich und Frieden ist all das nicht zuträglich.

Selbst die günstigen Daten auf dem **Arbeitsmarkt** – die Arbeitslosigkeit im Raum Geislingen ist mit 3,4 % ungewöhnlich niedrig und grenzt an Vollbeschäftigung – zeichnen ein zweigeteiltes Bild. Auf der einen Seite Fachkräftemangel, auf der ande-

ren Seite kaum reguläre Arbeitsverhältnisse, vielfach befristete Arbeit, Zeitarbeit und prekäre Arbeit. Davon sind zahllose Lebensplanungen betroffen und ein Blick auf die zu erwartende Altersarmut macht sehr besorgt. Allzu viele können von ihrer täglichen Arbeit kaum leben und allzu viele können sich durch Arbeit keine auskömmliche Rente erwirtschaften. Wenigstens so viel in einer Geislinger Haushaltsrede.

Zur Haushaltsrede des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister, ihre Haushaltsrede kann nicht unwidersprochen bleiben. Sie ist geprägt und bestimmt von einem einzigen Thema: Kreisumlage ! Die Landkreisverwaltung schlägt zur Erfüllung ihrer Aufgaben eine weitere Erhöhung der Kreisumlage vor, vorzugsweise begründet durch die hohen Sozialausgaben und die auch dort vorhandene hohe Verschuldung. Natürlich kann man die vorgeschlagene Erhöhung der Kreisumlage kritisieren, aber zurecht weist der Landrat in seinem Schreiben auf den hohen Rücklauf von Geldern nach Geislingen hin, am Bau des Geislinger Gesundheitszentrum oder bei den Leistungen aus dem Sozialetat besonders ersichtlich. Der Kreishaushalt unterliegt den gleichen Zwängen wie der städtische, wir sitzen in der Tat in einem Boot. Fast mehr noch als der Inhalt stört uns die Form, bei manchen objektiven Widersprüchen zwischen Stadt und Landkreis, so sind wir doch gemeinsam Partner im Dienste der Bürgerschaft. Herr Oberbürgermeister, da sind sie übers Ziel hinaus geschossen, wir wollen einen partnerschaftlichen Umgang mit dem Landkreis und mit dem Landrat.

Ihr Vorschlag zu einer Erhöhung der **Grund- und Gewerbesteuer**, begründet allein durch die erhöhte Kreisumlage, kann uns nicht überzeugen und findet nicht unsere Zustimmung, zumal die Höhe der Kreisumlage im Kreistag noch in der Diskussion ist. Da ist noch vieles in Bewegung, und es gibt derzeit keinen Grund für eine endgültige Stellungnahme. Über die vorgeschlagene Steuererhöhung wird erst am Ende der Beratungen abgestimmt.

Günstige Prognosen entnehmen wir den beiden Grafiken in der Haushaltsrede des Kämmers (Seite 1) mit der Steuerschätzung vom November 2011, liegen sie doch merklich über den bisherigen Annahmen.

Steuererhöhungen bleiben nach der Gemeindeordnung das letzte Mittel, die „ultima ratio“. Davor stehen die anderen Maßnahmen der Einnahmeverbesserung einer Gemeinde, allerdings müssen wir anmerken, dass wir bei den Gebühren oft die obere Grenze erreicht haben.

Gewiss, angesichts der Aufgaben in unserer Stadt ist vieles wünschenswert und notwendig, ich denke nur an die **Straßensanierungen** und die **Generalsanierungen** unserer Schulen, die Investitionen sind recht abgespeckt, aber wir halten dagegen, dass wir in der Vergangenheit in unserer Stadt vieles auf den Weg gebracht haben – der Bereich Stadtsanierung gehört dazu. Es ist ja richtig, vorzugsweise dort zu investieren, wo wir mit verschiedensten Zuschüssen (Sanierung, Konjunkturprogramme, Soziale Stadt ...) rechnen können. Diese Möglichkeiten haben wir in der Vergangenheit gut genutzt, es wird so bleiben.

Was wir von der Haushaltsrede des Oberbürgermeisters erwarten ? Er sollte die großen Linien aufzeigen. Welche Perspektiven hat unsere Stadt, wo sind ihre Stärken und Schwächen, welche Projekte wollen wir angehen, welche müssen wir schieben oder gar streichen, welche neuen Entwicklungen müssen wir bedenken und berück-

sichtigen, wo und wie bieten sich Lösungsmöglichkeiten für die Weiterentwicklung der Stadt? Der Fragen sind viele, übrig geblieben ist in der diesjährigen Haushaltsrede eine trotzige Klage an den Landkreis. Auch wir sagen: „Lassen sie uns das Verbindende in der weiteren Zusammenarbeit betonen und nicht das Trennende.“

Über einige Investitionen im Tief- und Hochbau – Bauen ist Kultur

Im Tief- und Hochbau haben wir in diesem Jahr einige wichtige Projekte fortgesetzt und voran gebracht. Allen voran das **Kinderhaus** in der Hinteren Siedlung. Der 2. Bauabschnitt kommt schneller als ehemals gedacht, damit wollen wir die gesetzlichen Vorgaben auf einen Krippenplatz zügig erfüllen. Wir lesen immer wieder, dass die Bereitstellung von genügend Plätzen für die U3-Kinder mittlerweile zu den wichtigsten Standortfaktoren einer Gemeinde gehört. Das Haus ist nach manchen Stolpersteinen schön und teuer geworden; die Frage bleibt, ob wir nicht gelegentlich im Sinne des nachhaltigen, energiebewussten Bauens über das Ziel hinaus schießen – die letzten 5% Energiegewinn sind die teuersten. Wie viele städtische Gebäude haben wir, denen eine **energetische Sanierung** gut täte, die wir dringend von 40% auf 80% Energieeinsparung bringen sollten. Andere Städte denken so. In der Vergangenheit sind wir mit der energetischen Sanierung, insbesondere bei den Schulen, gut voran gekommen, insofern war der Vertrag mit der ZREU ein gelungener Schritt. Dass die Sanierung der Daniel-Straub Realschule doch noch zum Abschluss kommt, gehört zu den guten Botschaften, wengleich der Preis verdammt hoch ist.

Jetzt fehlt noch das obere Stück der **Langen Gasse**, dann könnte sich künftig die Umgebung der Stadtkirche ansprechend darstellen. Dass sich die Stadt Geislingen der aufwändigen Sanierung der **Stadtkirche** vollständig entzogen hat, bleibt für mich weiterhin schäbig. Noch nicht einmal mit den Kosten für die Aufstellung des Gerüsts hat sich die Stadt beteiligt. Die Stadtkirche ist das bedeutendste und schönste Gebäude der oberen Stadt, es prägt das Stadtbild in besonderer Weise, da wäre ein wenigstens bescheidener Beitrag angemessen gewesen. Natürlich tritt die Kirche als privater Bauherr auf, aber so zu tun, als ginge uns die Stadtkirche gar nichts an, ist ein jämmerlicher Standpunkt. Sie ist das Herzstück der Oberen Stadt. Man darf sagen: wo kein Wille ist, da ist kein Weg.

Die Stadtsanierung geht auf der anderen Seite der Hauptstraße weiter. Gut so, vor Jahren erschien uns dies angesichts knapper Kasse noch kaum vorstellbar, es klang wie Zukunftsmusik. Bleibt zu hoffen, dass die privaten Hausbesitzer möglichst viel Gebrauch von den Angeboten zur Sanierung machen. Zusammen mit der von der KE vorgestellten Begrünung dieses Quartiers könnte dort ein Schmuckstück entstehen.

Irgendwann ist auch die untere Vorstadt wieder dran. Deshalb ist der Abbruch der **Hölmühle** ein echter Verlust. Gewiss, das Haus ist in einem jämmerlichen Zustand und wird abgebrochen, aber der in Kürze übrig bleibende Parkplatz ist bei Gott kein Gewinn. Wenigstes der Platz sollte in städtisches Eigentum überführt werden, im Sinne einer Vorratspolitik mit Blick auf die künftige Entwicklung dort. Gelegentlich träumen wir von der offenen Rohrach unterhalb der Karlstraße. Es geht nicht um schlichten Romantizismus, sondern um vorausschauende Stadtplanung; ein schöner Bach belebt die Stadt.

Im kommenden Jahr steht die Gestaltung des **Umfeldes der Martinskirche** an. Auch hier hat die KE eine ansprechende Planung mit einer schönen Platzgestaltung vorgelegt, auf deren Realisierung wir uns freuen dürfen. Es kann ein schöner Ort der Be-

gegnung werden, hoffen wir, dass die dortige Kirchengemeinde mitzieht. Dann entsteht auch dort ein ansprechendes Ensemble von Seniorenheim, Kirche, Kirchplatz und Kinderspielplatz, der für Altenstadt ein unbedingter Gewinn ist.

Wir haben kürzlich den **Radweg** auf der Tälesbahntrasse beschlossen. Noch im Frühjahr lag eine Realisierung in weiter Ferne, übliche Begründung: kein Geld. Plötzlich taucht eine konkrete Planung auf. Wenn wir ihn im 1. Bauabschnitt für 200 000 € Eigenbeteiligung anlegen können, dann ist die Umsetzung unter den gegebenen Bedingungen gerechtfertigt. Hoffen wir, dass all die notwendigen Zuschüsse so bereit gestellt werden, die Zeiten für Radwege sind ja gut. Etwas ironisch, ein schöner Radweg wäre eine wunderbar gestaltete Grenze zwischen Geislingen und Altenstadt, dann trennt uns halt ein Radweg und nicht mehr der Bach, aber man weiß, wo man hingehört.

Als weiteres Zukunftsprojekt steht das Sanierungsgebiet „**Achse zwischen Stern- und Wilhelmsplatz**“ vor der Tür – die Perlenkette ohne Perlen. Dahinter verbirgt sich der uralte Wunsch nach der baulichen Verbindung zwischen Geislingen und Altenstadt. Zwischen beiden Stadtteilen liegt das Areal der WMF, deshalb konnten sie nicht aufeinander zuwachsen – nicht „der Graben war viel zu tief.“ Bei einer Umsetzung der attraktiven, von der KE vorgelegten Planung, ist die WMF der wichtigste Partner, sie kann nur in enger Kooperation gelingen. Wenn die grauen Mauern entlang der B 10 durch eine Ladenzeile mit Beteiligung der Outlets ersetzt werden, der WMF-Parkplatz neu genutzt wird, dann besteht eine echte Chance für eine Neugestaltung. Das sind drei Perlen auf einen Streich.

Irgendwann fällt uns auch was ein, was mit dem **alten Stadtbad** geschehen soll. Gibt es Überlegungen der Verwaltung ? Wir bitten um einen Bericht.

Bisher wissen wir nicht, was mit dem Sanierungsgebiet „**Ortsmitte Eybach**“ gemeint ist. Was geschieht dort ?

Wenn die angesprochenen Projekte und einige mehr umgesetzt werden, dann sind wir der **Wohlfühlstadt Geislingen** erheblich näher gekommen und manche Bausünden sind ausgeglichen, das Stadtbild wird gewinnen.

Gewerbepark Schwäbische Alb .- Der interkommunale Gewerbepark bei Türkheim dümpelt so dahin, er will nicht recht gelingen. Das TBM-Projekt wurde zumindest vorläufig beiseite gelegt, gestiegene Holzpreise, aber auch fehlende Abnehmer für die Wärme ließen das Projekt scheitern – schade. Vielleicht tun sich später neue Chancen auf. Das Risiko kannten wir alle, aber wir hatten uns mehr erhofft. Wir fragen nach, wie das Projekt die städtischen Finanzplanung belasten wir und bitten um Bericht.

Straßenbau.- Mehrere Straßenprojekte sind im Haushaltsentwurf enthalten. Unsere einstmalig aufgestellte Prioritätenliste kann nur sehr eingeschränkt abgearbeitet werden. Ob die Laufenstraße, eine kleine Innenstadtstraße, zu den dringenden Maßnahmen gehört, wird man uns noch erklären. Zweifel melden wir an beim Ausbau der **Öchslinstraße**. Die am hinteren Teil dieses Baugebiets liegenden Plätze sind noch nicht mal zur Hälfte verkauft. Da ist es schwer nachvollziehbar, den vorderen Abschnitt der Straße voll auszubauen. Beim weiteren Bauen im hinteren Teil werden alle schweren Baumaschinen und LKWs über die neu ausgebaute Straße fahren, sie wird schweren Schaden nehmen und alles war umsonst. Wir beantragen, den Aus-

bau der Öchslinstraße aus dem Haushaltsentwurf heraus zu nehmen, wir müssen im Rahmen der Haushaltsberatung darüber reden. Erinnern wir uns, der Endausbau der oberen Weingärten musste 60 Jahre bis zur Verwirklichung warten.

Ob die Neugestaltung der **Skateboardanlage** so teuer sein muss wie vorgesehen bedarf einer Diskussion. Eng verknüpft mit dieser Maßnahme ist der Ausbau des Areals für das Frühlingsfest. Wir brauchen eine klare Trennung der Kosten für die Skateboardanlage und die Befestigung des Untergrunds für den Festplatz. Das sind wir den potenziellen Sponsoren schuldig. Vom Tiefbauamt liegt ein Kostenvorschlag auf dem Tisch, wann erreicht er den Gemeinderat? Wer organisiert das Sponsoring?

Stadtbezirke

Kernstadt und Stadtbezirke gehören zusammen; wir sind eine Stadt, ein gemeinsamer Organismus, allen gelegentlichen Unkenrufen zum Trotz.

Unter den zahlreichen Anträgen aus den Stadtbezirken werden wenigstens einige realisiert, ähnlich der Kernstadt ist auch dort der Wunschzettel länger, viele Wünsche bleiben offen. Immerhin haben wir erst kürzlich die Neugestaltung des Feuerwehrhauses in Türkheim beschlossen und die Eybacher Feuerwehr darf sich über ein neues Löschfahrzeug freuen.

Der jetzt vorliegende Antrag von Türkheim und Aufhausen auf eine glasfasergebundene **Breitbandverkabelung** ist verständlich, aber er braucht noch Zeit zur Beratung. Einerseits zählt ein genügend schnelles Internet mittlerweile durchaus zur Daseinsvorsorge, gleichrangig der Versorgung mit Gas, Strom und Wasser – wir sind eine Informationsgesellschaft, andererseits sind die Möglichkeiten der Gemeinden beschränkt, und es ist nicht einzusehen, dass die Netzbetreiber mit ihren Investitionen nur ihre kurzfristigen Renditen im Auge haben. Die Kostendeckungslücke der Telecom ist mit 50 000 € beträchtlich, eine Funklösung, wie sie in Waldhausen installiert ist, wäre günstiger zu haben. Die findet allerdings wegen der Strahlenbelastung in beiden Gemeinden wenig Anhänger. Da ist noch Diskussionsbedarf.

Für 117 000 € wurde unlängst ein Breitbandkabel in den Türkheimer Gewerbepark verlegt. Liegt nicht dort die Lösung? In einer fraktionsübergreifenden Vereinbarung sind wir überein gekommen, gemeinsam nach einer tragfähigen Lösung zu suchen. Freilich, die Gleichbehandlung aller Stadtbezirke ist dabei Richtschnur unseres Handelns.

Bürgerhaushalt und Bürgerrat

Nach einhelliger Meinung ist uns der erste Anlauf zu einem Bürgerhaushalt nicht gelungen. Viele Bürger können die Komplexität des Verwaltungshaushaltes nicht durchschauen, zuweilen kamen auch sonderliche Vorschläge. Dennoch ist es richtig, einen zweiten Anlauf anzugehen.

Wir sollten den nächsten Versuch so angehen, dass sich möglichst viele Bürger angesprochen fühlen und Lust auf einen Bürgerhaushalt verspüren. Denkbar wäre eine Auftaktveranstaltung mit einer öffentlichen Gemeinderatsitzung in der Jahnhalle mit einem geeigneten Rahmenprogramm: die Stadtratten begleiten musikalisch, ein Pianist unterhält in den Pausen, ein Moderator erklärt auf leichte Art den Unterschied zwischen Verwaltungs- und Vermögenshaushalt, er erklärt die Pflichtaufgaben und

die freiwilligen Leistungen, Pläne hängen aus. Das könnte zu der Frage führen: was ist uns am wichtigsten in den kommenden Jahren ? Was wäre falsch, wenn es zu einem „Event“ würde?

Heidenheim hat mit seiner „**Werkstatt Heidenheim**“ offensichtlich einen guten Weg gefunden, davon könnten wir lernen. Ziel muss es sein, zu ermuntern, neugierig zu machen und den klaren Willen zu zeigen, das wir, Verwaltung und Gemeinderat, Bürgerbeteiligung wollen.

Stadtbücherei, Musikschule

Beide Einrichtungen leisten hervorragende Arbeit, sie werden von ihren Leitern vorbildlich geführt und von motivierten Mitarbeitern mitgetragen. Das darf hier ausdrücklich hervor gehoben werden. Und beide Bildungseinrichtungen sind in ihrer Außenwirkung durch Auftritte und Veranstaltungen beispielhaft. Wir wollen ihnen die Unterstützung geben, die sie für ihre weitere erfolgreiche Mitarbeit brauchen.

Volkshochschule VHS

Erst kürzlich haben wir eine Potenzialanalyse der VHS diskutiert. Auslöser war das bevorstehende, altershalbe Ausscheiden des Leiters Dr. Nuber im Sommer 2012. Die Analyse enthält eine Fülle von Vorschlägen für eine konzeptionelle Weiterentwicklung, vielleicht auch Neuausrichtung der VHS, aber auch den unmissverständlichen Hinweis, dass die Fixkosten (Mieten, innere Verrechnungen) der VHS von der Verwaltung zu hoch angesetzt sind, das macht Kurse teuer oder unrentabel. Nach Abzug dieser Kosten beträgt der wirkliche Zuschuss nur noch 73 000 €.

Wir werden im neuen Jahr über ein Neukonzept für die VHS zu befinden haben, die Vorschläge und Anregungen sind zahlreich.

Bildung und Betreuung - Kindertagesstätten und Kleinkindbetreuung

Geislingen hat sich schon seit längerem auf den Weg gemacht, die gesetzlichen Vorgaben zum Ausbau der Kleinkindbetreuung umzusetzen. Anfänglich schien es so, als ob die Nachfrage dem Angebot nur zögerlich folgen würde, inzwischen steigt sie. Deshalb ist es richtig, dass der Ausbau des 2. Bauabschnitt des Kinderhauses in der Hinteren Siedlung in den Vermögenshaushalt aufgenommen wurde.

Wir sehen das positiv, neben der Verbesserung der Vereinbarung von Beruf und Erziehung, können hier auch, sofern nötig, früh erkannte Defizite durch systematische Förderung aufgefangen werden. Dies wird von allen Fachleuten so gesehen. Kontraproduktiv ist hier allerdings die von der Bundesregierung beschlossene sogenannte „Herdprämie“. Für einen ALG-2-Haushalt kann sie fast 20% des Budgets ausmachen und ist damit ein verlockendes Angebot, das Kind nicht in die Kleinkindbetreuung zu geben.

Die neue Grün-Rote Landesregierung bringt uns eine willkommene, wichtige Entlastung. Nach dem „**Pakt mit den Kommunen für Kinder mit Familien**“ erhält der Landkreis in 2012 419 000 € mehr für die Betreuung, Geislingen 2012 den stolzen Betrag von 457 000 € mehr für die Betreuung der 0-3 Jährigen in den Kindertageseinrichtungen. (s. dazu die Grafik auf S.1 der Haushaltsrede des Kämmers). Dazu kommen noch insgesamt 20 Mio mehr für die Schülerbeförderung. Damit wird eine

alte Forderung der Kommunen erfüllt, die immer wieder das **Konnexitätsprinzip** eingefordert haben.

Ab 2014 werden dann vom Land 68 % der laufenden Kosten für die Kinderkrippen übernommen. Zusammen mit den 20% aus den Elternbeiträgen ist dies für uns eine deutliche Entlastung, „ein Meilenstein im Ausbau der Angebote für Familien mit Kindern“, so Städtetagspräsidentin Barbara Bosch.

In den vergangenen Jahren forderten wir, dass der damals noch unverbindliche **Orientierungsplan** in den Kindertagesstätten in Geislingen Schritt für Schritt umgesetzt werden soll, insbesondere auch die damit verbundene Erhöhung des Fachkräfteschlüssels. Wir haben in Geislingen unsere Hausaufgaben gemacht. Deshalb freut es uns, dass es zusätzliches Geld aus der Erhöhung der Grunderwerbssteuer geben wird für die verbindliche Einführung des Orientierungsplanes, mit dem vorrangigen Ziel, die Verfügungszeit und die Leitungsfreistellung neu zu regeln.

In diesem Zusammenhang stellen wir die Frage: wie steht es um die Vergütung der Kindergartenleiterinnen? Wie wir hören, haben einige besser dotierte Angebote. Besteht die Gefahr, dass die Stellen künftig nicht mehr besetzt werden können?

Auf unsere Anfrage in der letzten Haushaltsberatung zur Information über die **Sprachförderung und ihren Erfolg** in Geislinger Kindertagesstätten erhielten wir im September eine Antwort. Im Rahmen des möglichen wird hier in Geislingen einiges geleistet. Allerdings stellt sich die Sprachförderung in den Kitas als eine Art Flickenteppich dar. Dies ist vor allem den verschiedenen Finanzierungstöpfen geschuldet und drückt auch aus, wie stiefmütterlich das Thema in der Vergangenheit von der Vorgängerregierung behandelt wurde. Auch hier tut sich was, und die Überlegungen der Landesregierung, die Sprachförderung in Zukunft von *einer* Haushaltsstelle aus zu bedienen und nicht über Umwege wie Landesbank und Landesstiftung, könnte dazu beitragen, dass die Sprachförderkräfte besser in den normalen Tagesablauf einer Kindertagesstätte integriert werden können.

Entwicklung an den Schulen

Kommen wir zur Entwicklung bei den Schulen. Als Kämmerer klagt Herr Pawlak in seiner Haushaltsrede über die „Bildungsstätten als Fass ohne Boden“. Diese kritische Haltung ist unangebracht, Bildung und Erziehung sind nicht zum Nulltarif zu haben. Wir geben zu bedenken: Deutschland steht laut einer Studie der OECD im Vergleich zu den anderen Ländern mit den Bildungsausgaben auf einem mäßigen Mittelplatz.

Der größte Brocken, den wir in den nächsten Jahren schultern müssen, ist für die **Sanierungsmaßnahmen** an der Daniel-Straub-Realschule, dem Michelberggymnasium und an der Pestalozzischule vorgesehen. Investitionen in die Gebäudesanierung - es sind Gebäude, die noch nicht allzu viele Jahre auf dem Buckel haben - stellen den Nachhaltigkeitsvorstellungen der 60er-, 70er- und 80er-Jahre kein gutes Zeugnis aus. Es ist ja nicht nur die mangelnde Energieeffizienz, nein, es bröckelt und bröseln an allen Ecken und Enden. Wir meinen allerdings, dass auch die Vorschriften des Denkmalschutzes nicht alle Kosten rechtfertigen, zumal es von dort vermutlich nur einen unwesentlichen Zuschuss gibt. Diese Maßnahmen werden vor allem die Haushalte ab 2013 belasten.

Kämmerer Pawlak kritisiert die mangelnde Verlässlichkeit in der Bildungspolitik. Wie weisen darauf hin, dass in der Vergangenheit aus ideologischer Verbohrtheit Modelle entwickelt wurden, die von der Elternschaft zu Dreiviertel abgelehnt werden (G8). Mal hieß es „rettet die Hauptschule“, dann tauchte plötzlich die Forderung nach einem zweigliedrigen Schulsystem auf, zu guter Letzt wurden im Schnellschuss die Werkrealschulen eingeführt. Die Bildungspolitik erlebt stürmische Zeiten.

Die neue Bildungspolitik ist das Ergebnis einer Landtagswahl, bei der auch wesentlich über Bildungsthemen abgestimmt wurde.

Mit diesem Regierungswechsel kommt dem kommunalen Schulträger eine größere Bedeutung zu. Er ist für die Entwicklung der Schullandschaft vor Ort mit prägend und verantwortlich. Es gilt in Zukunft, die Entwicklungen der Schulen und das Wechselspiel zwischen den Schularten stärker zu steuern, zu lenken und kooperativ zu begleiten. **Schulentwicklungsplanung** bekommt einen zentralen Stellenwert für die Schulträger und damit in der Kommunalpolitik, unsere Verantwortung ist nicht mehr reduziert auf die Schulgebäude und kann sich nicht in der Darstellung der Schülerströme erschöpfen. Das Problem der unterdurchschnittlichen Übergangsquoten ist uns bekannt..

Die Kooperation unterschiedlichster Schultypen wird die Zukunft bestimmen. Ravensburg hat dafür einen **Beirat für Schulentwicklungsplanung** eingerichtet. Einen interessanten Weg hat Ellwangen gewählt, es lud gestern Abend zu einem städtischen **Bildungsgipfel** ein, bei dem Schulleiter, Schulreferenten und Stadt über die neuen Themen der Bildungspolitik informierten. Eingeladen waren Eltern und Schüler, die sich über die künftigen Bildungswege informieren wollten. Später soll dies in ein kommunales Schulentwicklungskonzept münden. Die Möglichkeiten und Chancen, aber auch die Aufgaben der Städte haben sich erheblich erweitert. Ähnliche Gedanken wurden auf der letzten Schulleitertagung in Geislingen am 29.11.2011 erörtert.

Schon im Juni 2011 stellten wir den Antrag, die Stadt als Schulträger möge zusammen mit den Geislinger Schulen die Möglichkeit erörtern, die die neue Bildungspolitik der Landesregierung für die Weiterentwicklung der Geislinger Schullandschaft bietet. Wir begrüßen es, dass beide Gymnasien in Geislingen einen Antrag auf Einrichtung eines **G9 Zuges** gestellt haben, und damit dem Elternwillen folgen. Gestern war in der GZ von 43 Modellschulen die Rede. Auch wenn pro Kreis im Rahmen des Modellversuchs nur eine Schule zum Zug kommen soll, wir wünschen, dass in Geislingen beiden Gymnasien ein G9-Zug zugesprochen wird.

Wir begrüßen, dass es in Geislingen Interesse an einer **Gemeinschaftsschule** gibt. So waren doch einige Geislinger Schulleiter, Lehrerinnen und Lehrer bei einigen Veranstaltungen der Landesregierung zu diesem Thema vertreten. Eindrücklich bleibt in Erinnerung die Auftaktveranstaltung in Ludwigsburg mit 1400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Schulen, Elternschaft und Schulträgern. Die Vertreterinnen der Stadt waren leider nicht dabei. Wir meinen, dass eine Gemeinschaftsschule für die Geislinger Schullandschaft eine wichtige Bereicherung des Schulangebots wäre und begrüßen es, dass sich die Tegelbergschule dem Thema angenommen hat. Bei der Entwicklung eines tragfähigen pädagogischen Konzeptes ist auch die Stadt gefragt.

Eine Gemeinschaftsschule ist eine Alternative zu allen Schularten. Sie umfasst die Klassen 1-10, es können alle **Abschlüsse der Sekundarstufe 1** abgelegt werden und sie ermöglicht Zugänge zu allen weiterführenden Schulen. Sie ist inklusiv, weil kein Schüler und keine Schülerin, auch nicht bei sonderpädagogischem Förderbedarf, ausgeschlossen werden. Das Lernen verändert sich, es wird individualisiert, findet in Lerngruppen statt und die Rolle des Lehrers/der Lehrerin verändert sich. Selektion ist nicht mehr gefragt! Eigentlich nichts Neues, aber in Baden-Württemberg selten umgesetzt. Die Gemeinschaftsschule ist eine **gebundene Ganztageschule**. Und dann ist die Kommune mit dabei. Schnell kommt die Frage auf: wer trägt welche Kosten? Dann werden wir erkennen, dass neue pädagogische Anforderungen auch ein verändertes Raumkonzept bedingen. Schulsanierung und ein neues Schulraumprogramm stehen dann beieinander.

„**Gemeinschaftsschule: reicher durch Vielfalt**“. So ist ein Kommentar in der NWZ vom 16.11.2011 überschrieben. „Großartig: Was die beiden Schulen von Bad Boll im Schulerschluss mit der Gemeinde anpeilen hat Pioniergeist. Sie wollen Vorreiter bei einer neuen Form von Schule sein, die nicht mehr unterscheidet nach Begabung und Behinderung von einzelnen Kindern.“ Wir von der SPD-Fraktion wünschen uns, dass so ähnlich in 2-3 Jahren auch ein Kommentar in der GZ beginnt.

Doch zurück zur Gegenwart. In den letzten Sitzungen des Gemeinderates wurden den Anträgen auf Ganztagesangebote der Tegelbergschule und des Michelberggymnasiums zugestimmt. Wir begrüßen das, zumal es nach jetziger Kenntnis für den Stadtsäckel kostenneutral sein soll.

Auf unseren Antrag in der Haushaltsberatung vor zwei Jahren hin wurde der runde Tisch **Schulsozialarbeit** ins Leben gerufen. Seine Aufgabe war, den Bedarf an Schulsozialarbeit festzustellen und sich Überlegungen zur Erweiterung des Angebotes zu machen. Die Notwendigkeit der Schulsozialarbeit scheint hier im Gremium und in der Stadtverwaltung nicht mehr umstritten. Bisher hieß es allerdings, man müsse abwarten, wie sich das Land zur Finanzierung stelle. Dies ist nun geklärt. Das Land, das sich vor Jahren ganz aus der Finanzierung zurückgezogen hat, übernimmt nun ein 1/3 einer SchulsozialarbeiterInnenstelle, 1/3 sollen die Landkreise übernehmen und 1/3 die Kommunen. Diese Gelegenheit müssen wir beim Schopfe packen. Der „**Arbeitskreis Kriminalprävention**“ fordert mehr Stellen für die Schulsozialarbeit, s. GZ v. 18.11.2011.

Wir erwarten von der Stadtverwaltung die Erstellung eines **Konzepts zur Schulsozialarbeit**. Die Zeit dafür ist gekommen.

Kinder und Jugend

Beim letzten „**Runden Tisch Kinderarmut**“ wurde neben dem Bericht über die schleppende Inanspruchnahme der Leistungen aus dem Bildungspaket der Bundesregierung auch über das Geislinger **Gutscheinheft (Sozialpass)** berichtet. Wir erwarten, dass demnächst auch im Gremium über die Akzeptanz dieses Gutscheinheftes berichtet wird. Dazu gehört auch das Thema „**Eintrittspreise Fünf-Täler-Bad**“. Hierzu möchten wir beantragen, dass im ersten Quartal über die Entwicklung des Bades, insbesondere die Besucherzahlen und die Akzeptanz berichtet wird.

Mobile Jugendarbeit.- Der Gemeinderat hat am 28.6.2006 beschlossen, dass die finanzielle Förderung der Mobilien Jugendarbeit mit 63 600 € gefördert werden soll.

2010 stehen wir bei 106 789 €. Der frühere **Tägerverein** hatte nie so gute Bedingungen. Wir haben allerdings den Eindruck, es wurde noch nie so viel Geld für so wenig Sozialarbeit ausgegeben. Noch nicht eingerechnet sind die Leistungen, die die Stadt zusätzlich erbringt (Abrechnungen, Steuerung, Mittelbeantragung). Seit 2007 besteht ein „Förderverein Mobile Jugendarbeit“, der gute Arbeit geleistet hat. Vier Jahre später tritt der geschäftsführende Vorstand zurück, ohne dass die Verwaltung auch nur ein Wort darüber verliert. Wir beantragen einen Bericht zur personellen und finanziellen Situation der Mobilien Jugendarbeit

Jugendhäuser.- Die Jugendhäuser brauchen sowohl ihre Eigenständigkeit als auch die finanzielle Unterstützung der Stadt. Das Maikäferhäusle (MKH) ist ein selbstverwaltetes Jugendhaus und soll es auch bleiben, wobei wir alle wissen, es gab mal bessere und mal schlechtere Zeiten. Die Stadt hat die Bruderhaus-Diakonie mit ins Boot genommen und nach dem Weggang des Sozialarbeiters die Aufgabe der Stadtjugendpflegerin übergeben. Ist diese Lösung tragfähig? Wir bitten um einen Bericht zu dieser Entscheidung.

Integration und Toleranz

Der Integrationsrat und der Integrationsbeauftragte führten dieses Jahr eine erfolgreiche Veranstaltungsreihe anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des Anwerbeabkommens mit der Türkei durch. Der Zuspruch war sehr gut.

Wir beantragen, dass der **Integrationsbeauftragte** demnächst im Gemeinderat seine Arbeit darstellt. Die oben genannte Veranstaltungsreihe wurde finanziert mit Mitteln des Projektes „**Toleranz fördern – Kompetenz stärken**“. Wir haben im Gemeinderat beschlossen, bei diesem Projekt mitzumachen. 270 000 € können dabei in den drei Projektjahren in gezielte Projekte in der Stadt fließen. Dass die Förderung der Toleranz notwendig ist, zeigen die Vorgänge am rechtsradikalen Rand der Gesellschaft, die Plakataktion von Neonazis an Geislinger Schulen in der vergangenen Woche nehmen wir nicht einfach hin. Wir verurteilen diese Aktion aufs Schärfste. Geislingen ist bunt und tolerant, Demokratie muss wehrhaft sein. Dem offiziellen Projektstart am morgigen Donnerstag wünschen wir einen regen Zuspruch und viele sinnvolle Projekte.

Schluss

Ich komme zum Schluss. Herzlichen Dank an Kämmerer Pawlak und all seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen für die Aufstellung des Haushaltsplans. Wir meinen, er ist mit Augenmaß und der notwendigen Zurückhaltung aufgestellt, eben mit den Möglichkeiten unserer Stadt und mit der verständlichen Vorsicht eines Kämmerers. Arme Leute trösten sich ja damit, dass es anderen noch schlechter geht. 1923 hatte der Geislinger Kämmerer Schulden in Billionenhöhe und die Stadtverwaltung hatte Geldscheine über 1, 2, 3 und 5 Billionen Reichsmark herausgegeben. Da ist die Schuldaufnahme von ein paar Millionen doch noch eine handhabbare Zahl. Wir wollen allerdings nicht verharmlosen.

Dies gibt uns Gelegenheit, uns bei allen städtischen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen für ihre geleistete Arbeit zu bedanken

Unsere Haushaltsrede enthält mehrfach Fragen, Anregungen und Anträge; in der Haushaltsberatung kommen wir darauf zurück.

Wir wünschen uns offene und konstruktive Beratungen zum Wohle unserer Stadt.

Hansjürgen Gölz, 12.12.2011

Anträge und Anfragen der SPD-Fraktion

- Bericht zum Stad der Überlegungen „was geschieht mit dem alten Stadtbad ?“
- Bericht zum Sanierungsgebiet „Ortsmitte Eybach“. Was ist dort vorgesehen ?
- Bericht über die Belastung des städtischen Haushalts (Finanzplanung) durch die mangelnde Entwicklung des Gewerbegebiets Türkheim
- Wir beantragen, den Ausbau der Öchslinstraße aus dem diesjährigen Haushaltsentwurf heraus zu nehmen. Ist die Sanierung der kleinen Laufenstraße dringend ?
- Bericht zur Neugestaltung/Erweiterung der Skateboardanlage. Klare Trennung der Kosten für die Skateboardbahn und die Befestigung des Festplatzes. Wer organisiert das Sponsoring?
- Fortsetzung der Beratungen zur Breitbandverkabelung in Türkheim/Aufhausen. Macht ein Anschluss an das Gewerbegebiet Sinn?
- Antrag: Auftaktveranstaltung zum Bürgerhaushalt, Gestaltung des Ablaufs ?
- Bericht: was ist die „Werkstatt Heidenheim“? Kann dies ein Vorbild für Geislingen sein?
- Bericht: wie steht es um die Vergütungen der Kindergartenleiterinnen? Wie wir hören gibt es besser dotierte Angebote. Besteht die Gefahr, dass die Stellen künftig nicht mehr besetzt werden können?
- Bericht über den „Bildungsgipfel“ in Ellwangen. Ist der Ravensburger „Beirat für Schulentwicklung“ ein Modell für Geislingen?

Wie kann die Kommune ihre neue Rolle in diesem Prozess ausfüllen? Welche Unterstützung kann die Stadt leisten?
- Welche Rolle kann die Stadt bei der Entwicklung eines Gemeinschaftsschulkonzepts übernehmen?
- Bericht des „AK Kriminalprävention“; Welche Stellen in der Schulsozialarbeit brauchen wir? Erstellung eines Konzepts zur Schulsozialarbeit. Konkrete Ermittlung des Bedarfs.
- Bericht über die Akzeptanz des Geislinger Gutscheinheftes.
- Erfahrungsbericht zum Fünftälerbad (Probleme, Eintrittspreise, Akzeptanz)
- Wir beantragen einen Bericht zur personellen und finanziellen Situation der Mobilen Jugendarbeit.
- Bericht über die Entwicklung im Maikäferhäusle.
- Wir beantragen, dass der Integrationsbeauftragte in naher Zukunft seine Arbeit im Gemeinderat darstellt.

